



13

NUMMER

16

JAHR

DIE DEUTSCH-TÜRKISCHEN BEZIEHUNGEN: EINE UNSÄGLICHE GESCHICHTE

DAS MERKEL-ERDOĞAN-DUELL – VOLLE FAHRT ZURÜCK IN DER TÜRKISCHEN AUSSENPOLITIK?
VON BEHLÜL ÖZKAN

Die türkische Außenpolitik gleicht einem Schiff inmitten eines Sturms. Die Schiffsschrauben sind durch mehrere missratene Manöver schwer beschädigt, der schimpfwütige Kapitän und sein Team sind inkompetent und engstirnig. Wie wahrscheinlich ist es, dass sie das Schiff in ruhigere Gewässer lenken werden?

Weiter auf Seite 4

ALLIANZEN DES KAPITALS – REAKTIONÄRE WECHSELWIRKUNGEN ZWISCHEN EUROPA, USA UND DER TÜRKIE
VON KORKUT BORATAV

Sowohl in den USA als auch in Europa entstehen Allianzen zwischen dem Kapital und der extremen Rechten. Weshalb sollten sich diese nicht mit der islamistischen Reaktion in der Türkei arrangieren können?

Weiter auf Seite 6

HUNDERTJÄHRIGE ALLIANZ? TÜRKISCH-DEUTSCHE BEZIEHUNGEN IM SPANNUNGSFELD NEUER-ALTER
INTERESSENPOLITIK

VON MEHMET OKYAYUZ UND UĞUR TEKINER

Die Rede von der hundertjährigen Allianz und den gemeinsamen strategischen Interessen kann die Krise in den türkisch-deutschen Beziehungen nicht mehr überlagern. Wo liegen die Gründe für die Krise und welche Veränderungen in den Beziehungen sind zu erwarten?

Weiter auf Seite 9

»NOBLE EINSAMKEIT« UND STRATEGISCHE PRIORITÄTEN
ÜBER DIE VERMEINTLICHEN VERWERFUNGEN IN DEN DEUTSCH-TÜRKISCHEN BEZIEHUNGEN
VON MURAT ÇAKIR

Nachdem der Putschversuch die Machtverhältnisse in der Türkei durcheinander gewirbelt hat, versucht Erdoğan, mit Unterstützung der bürgerlichen Opposition im Inland die strategischen Partnerschaften zu erneuern. Die Rechnung könnte durchaus aufgehen, denn das »erneuerte« Regime ist für alle Bündnispartner attraktiv.

Weiter auf Seite 13

NATIONALE VERSÖHNUNG NACH DEM PUTSCHVERSUCH? ACHT FRAGEN ZU DEN POLITISCHEN TURBULENZEN
IN DER TÜRKIE

ANNE STECKNER IM GESPRÄCH MIT AXEL GEHRING UND MURAT ÇAKIR

Die Lage in der Türkei ist unübersichtlich. Ein Ereignis jagt das nächste. Die Tagesmeldungen überstürzen sich. Den Überblick zu behalten fällt schwer. Was geschieht unterhalb der medialen Oberfläche, in den Strukturen von Staat und Gesellschaft, in den ökonomischen Beziehungen, in der Herrschaftsarchitektur der Türkei? Wie sind die Spielräume für emanzipatorische Politik einzuschätzen? Diese und andere Fragen trafen auf teilweise unterschiedliche Einschätzungen.

Weiter auf Seite 18

IMPRESSUM

INFOBRIEF TÜRKIE Erscheint unregelmäßig

REDAKTION

Errol Babacan (Frankfurt/M.), Murat Cakir (Kassel), Özgür Genç (Kassel), Ismail Doga Karatepe (Kassel), Anne Steckner (Berlin) und Fitnat Tezerdi (Marburg)

<http://infobrief-tuerkei.blogspot.com>

E-Mail: infobrieftuerkei@gmail.com

V.I.S.D.P.:

M. Cakir, Niddastr. 64, 60329 Frankfurt am Main

Gefördert von:

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG HESSEN

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

in den vergangenen Monaten - noch vor dem Putschversuch - gab es bei der AKP einige Anzeichen für Veränderungen in der Außenpolitik. Insbesondere die Verlautbarungen der Regierung schlugen andere Töne an. Doch obwohl die AKP in ihren Beziehungen zu den westlichen Ländern auf Krawall aus zu sein scheint, ist und bleibt die Türkei für »den Westen« weiterhin eine feste Bündnispartnerin. Zugleich werden die Beziehungen immer wieder neu strukturiert. Für viele Menschen ist nicht nachvollziehbar, dass die »westlichen Demokratien« mit einem Regime, das Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte missachtet und das parlamentarische System aushöhlt, zusammenarbeiten und als unverzichtbaren Partner behandeln. Deshalb wollen wir in der neuen Ausgabe des »Infobrief Türkei« die Hintergründe und Bestimmungsfaktoren dieser widersprüchlichen Beziehungen beleuchten. Wenngleich es primär um die deutsch-türkischen Verflechtungen geht, wird auch die Beziehung zwischen den USA und der Türkei und ihre Entwicklung in dieser Region untersucht.

Die meisten Artikel wurden vor dem Putschversuch geschrieben. Zwar ändert sich die politische Tagesordnung in der Türkei sehr schnell, ebenso die damit verbundenen gesellschaftlichen Dynamiken. Nichtsdestotrotz haben die hier zusammengetragenen Themen an Aktualität nicht verloren.

Im ersten Artikel thematisiert Behlül Özkan die außenpolitischen Veränderungen in der Türkei. Özkan bezeichnet die Beziehungen der türkischen Regierung mit Europa, insbesondere mit Deutschland, als das »Erdoğan-Merkel-Duell«. Erdoğan sehe den Krieg und die Flüchtlingskrise als Faustpfand und große Chance. Er versuche, das Beste rauszuholen, um die außenpolitische Herausforderung zu meistern. Jedoch dürften diese gegenseitigen Manöver der Bedrohung und des Taktierens nicht als kluge Politik, sondern als kurzsichtige, undurchdachte Schritte Erdoğan und der AKP betrachtet werden. Der Autor stellt die Frage, ob ein

Staatsgebilde, das immer mehr auf die alleinige Macht einer Person zugeschnitten wird, tatsächlich stabil ist.

Im zweiten Artikel erklärt Korkut Boratav die türkische Innen- und Außenpolitik aus einer breiteren Perspektive: So wie in vielen westlichen Ländern sei auch in der Türkei ein Bündnis zwischen Unternehmen und rechten bis reaktionären Kräften zu beobachten. So betrachtet sei weder Erdoğan's Strategie noch das Verhalten »des Westens« gegenüber der Politik der türkischen Regierung widersprüchlich oder inkonsequent. Vielmehr offenbare sich darin genau der Charakter dieser neuen Allianz. Anhand von Beispielen zeigt der Autor, wie sich auf der Grundlage einer kapitalfreundlichen (und damit demokratiefeindlichen) Politik gesellschaftliche Rechtstendenzen verstärken. Laut Boratav domestiziert das Kapital die stärker werdende Rechte und unterdrückt zugleich mögliche Widerstände dagegen.

Mehmet Okayayuz und Uğur Tekiner bewerten die historische Entwicklung der deutsch-türkischen Beziehungen und insbesondere die aktuelle Situation auf Grundlage der Machtverhältnisse der jüngsten Vergangenheit, um Voraussagen für die Zukunft dieser Beziehungen zu wagen. Die Autoren zeigen, wie die Stärkung der AKP die neo-osmanische Ausrichtung der Außenpolitik bestimmte, welche Änderungen in den regionalen Machtverhältnissen vorgesehen sein könnten und wie sich diese grundlegende Veränderung eines Paradigmas in den Beziehungen zur EU und zu Deutschland niederschlägt. In den Beziehungen zur Deutschland stellen sie drei Spannungspunkte fest: die Zahl der dort lebenden türkeistämmigen Migrant*innen und den Einfluss beider Staaten auf diese Gruppe, den Heranführungsprozess der Türkei in die EU und das machtpolitische Feilschen über die Flüchtlinge. Trotz dieser Krisen bestünden zwischen den beiden konservativ regierten Staaten Interessensbeziehungen, deren Stabilität von einer langjährigen militärisch-politischen Partnerschaft gewährleistet sei.

Murat Çakır hinterfragt in seinem Artikel, ob die langjährige strategische Partnerschaft zwischen Deutschland und der Türkei am Ende ist. Auch wenn der Ton spannungsgeladen und konfliktreich ist, so müssten diese Beziehungen langfristig auf der Grundlage machtpolitischer Interessen bewertet werden, so Çakır. Der Autor ist der Auffassung, dass die Türkei für das deutsche Kapital nicht zu unterschätzen sei. Daher würden die Beziehungen, solange die neoliberale Wirtschaftsordnung und die militärisch-politische Partnerschaft erhalten bleiben, fortgeführt. Zwar versuche die AKP, die Schlüsselrolle der Türkei gegenüber »dem Westen« auszunutzen, müsse aber ihre innenpolitische Macht durch verstärkte autoritäre Maßnahmen absichern.

Zusätzlich - und anlässlich des Putschversuches vom 15. Juli - veröffentlichen wir ein Interview, das Anne Steckner mit Axel Gehring und Murat Çakır geführt hat. Çakır und Gehring bewerten in diesem Gespräch auf unterschiedliche Weise die Herrschaftsarchitektur des AKP-Regimes seit dem verhängten Ausnahmezustand, die Spielräume für emanzipatorische Kräfte - und auch die Frage, ob es sich in der Türkei mittlerweile um eine Form des Faschismus handelt.

Eine interessante Lektüre im Namen der Redaktion wünscht,

Özgür Genç

DAS MERKEL-ERDOĞAN-DUELL – VOLLE FAHRT ZURÜCK IN DER TÜRKISCHEN AUSSENPOLITIK?

VON BEHLÜL ÖZKAN

Ahmet Davutoğlu manövrierte die Türkei in strategische Untiefen. Nach seiner Abservierung als Ministerpräsident werden nun aus den höheren Riegen der AKP Signale einer Normalisierung in den Außenbeziehungen gesendet. Der frisch gekürte Nachfolger Davutoğlus, Binali Yıldırım, ließ wissen, „die Anzahl der Freunde wird gesteigert und die der Feinde reduziert“. Der Ingenieur und ehemalige Verkehrsminister Yıldırım nimmt wohl an, dass Außenpolitik dem Straßenbau gleicht und er die Zahl der Freunde und Feinde nach Belieben hoch und runter schrauben kann.

Der stellvertretende Ministerpräsident Kurtulmuş reihte sich in die Schlange derer ein, die eine Revision in der Außenpolitik für notwendig halten: „Selbst wenn wir wollten, haben wir nicht die Macht und die Möglichkeiten, jedes Problem zu lösen“. Angesichts dessen, dass Davutoğlu vor nicht allzu langer Zeit noch auf die Pauke haute, „Im Nahen Osten passiert nichts ohne unser Wissen“, sind die Worte von Kurtulmuş fast schon ein Eingeständnis von Fehleinschätzungen. Etliche Journalisten stimmen optimistisch ein, mit Davutoğlus Abgang stünden die Zeichen auf „Volle Fahrt zurück“. Zweifel sind angebracht. Ein Sturm wütet, die Schiffsschrauben sind schwer beschädigt und dann ist da ja auch noch der notorische Kapitän.

IM WESTEN NEUES

Der Deutsche Bundestag hat mit der Resolution vom 2. Juni die Ereignisse von 1915 als Genozid anerkannt. Noch vor einem Jahr vertagte derselbe Bundestag die Abstimmung der Resolution auf unbestimmte Zeit. Die Bewertung soll den Historikern überlassen werden, hieß es damals. Was ist passiert, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei innerhalb eines Jahres zum Zerreißen gespannt sind?

Auslöser der Krise zwischen Berlin und Ankara ist der Plan des Staatspräsidenten Erdoğan, die in der Türkei befindlichen 3 Millionen Flüchtlinge gegen die EU auszuspielen. Vor den Parlamentswahlen im November befand Erdoğan, dass die von Brüssel versprochenen 3 Milliarden Euro für die Flüchtlin-

ge zu wenig seien. Er drohte hochrangigen EU-Vertretern: „Wir packen die Flüchtlinge in Busse und öffnen die Grenze zu Griechenland und Bulgarien“. Der schmutzige Deal auf dem Rücken der Flüchtlinge wurde ab diesem Zeitpunkt eingefädelt.

Über Monate bemühten sich die EU wie auch Deutschland eine befriedigende Formel für Erdoğan zu finden. Aus Rücksicht auf die türkische Regierung verschob die EU die Veröffentlichung eines kritischen Fortschrittberichts zum Beitrittsprozess der Türkei. Die Kanzlerin Merkel reiste mehrfach in die Türkei, um Erdoğan für eine Lösung in der „Flüchtlingskrise“ zu gewinnen. Innenminister Thomas de Maizière verschloss die Augen vor der schweren Zerrüttung der Demokratie in der Türkei und glänzte durch Opportunismus: „Wir sollten nicht der Schiedsrichter beim Thema Menschenrechte für die ganze Welt sein“, so seine Ausrede mit Blick auf die EU-Beitrittskandidatin (!) Türkei.

DAS MERKEL-ERDOĞAN-DUELL

Es gibt zwei Gründe, warum Erdoğan seine Forderungen an Deutschland immerzu erhöhte. Zum einen nimmt er an, dass Deutschland aufgrund der Flüchtlinge in der Zwickmühle steckt. Folglich gab er sich nicht mit ein paar Milliarden zufrieden, sondern verlangte auch, dass die EU den türkischen Plan unterstützt, im Norden Syriens eine sichere Zone für die von der Türkei unterstützten Milizen einzurichten, um so das Hindernis Russland zu überwinden.

Zum anderen nimmt Erdoğan an, dass Deutschland mit den Gezi-Protesten im Juni 2013 und dem Korruptionsskandal im Dezember desselben Jahres, in den mehrere Minister und deren Söhne sowie Erdoğan eigener Filius involviert waren, hinter einem Umsturzplan gegen ihn steckt. Das Bekanntwerden der Abhöraktionen des BND in der Türkei und die Inhaftierung des Erdoğan-Beraters Taha Gergerlioğlu in Deutschland mit dem Vorwurf der Spionage lassen ihn vermuten, dass der BND Gespräche von ihm und anderen hochrangigen Politikern abgehört und weitergegeben hat. Die Istanbul Staatsanwaltschaft hat unter diesem Verdacht

Ermittlungen aufgenommen. In den Medien der AKP wird außerdem kolportiert, Deutschland versuche den Bau des neuen Großflughafens Istanbuls zu verhindern, habe Agenten zur PKK in die Kandil-Berge geschickt, die bei einem Bombardement der türkischen Luftwaffe gestorben seien.

Erdoğan glaubt offensichtlich an eine Verschwörung aus Deutschland, die er mit der Eskalation der Flüchtlingskrise zu kontern versucht. Seine Taktik blieb nicht ganz ohne Erfolg. Er konnte sogar erreichen, dass Merkel ihre Zustimmung gab, ein Ermittlungsverfahren gegen den Satiriker Böhmermann einzuleiten, der Erdoğan beleidigt haben soll.

PEITSCHEN STATT ZUCKERBROT

Berlin hat inzwischen begriffen, dass das permanente Zurückweichen vor Erdoğan kein Ende nehmen wird. Statt Zuckerbrot gibt es nun die Peitsche. Die Genozid-Resolution ist ein erstes Signal. Dass das türkische Außenministerium die Resolution als „Versuch der Entfremdung und Assimilation“ von „den Türken“ in Deutschland bezeichnete, signalisierte wiederum, dass es zu weiteren Attacken aus der Türkei kommen wird. Falls Erdoğan, um Merkel in die Ecke zu drängen, weiter provoziert und die in Deutschland lebende Bevölkerung mit Türkeihintergrund für diesen Zweck zu instrumentalisieren versucht, dann wird die deutsche Reaktion mit Sicherheit heftig ausfallen. Denn dieses Thema wird von Berlin als äußerst sensibel eingestuft.

Als erste Reaktion könnte ein Schlag gegen den aufgrund der Spannungen mit Russland ohnehin angeschlagenen Tourismus in der Türkei erfolgen. Die Zollunion könnte zur Diskussion gestellt und die PKK aus der Liste der Terrororganisationen gestrichen werden. Im letzten Jahr entschuldigte sich die PKK mit Nachdruck für militante Aktionen der 1990er Jahre in Deutschland und versicherte, dass so etwas nie wieder vorkommen werde. Im Mai dieses Jahres eröffnete die syrisch-kurdische PYD, mit Wissen und Zustimmung deutscher Behörden, eine Vertretung in Berlin. Falls die Krise weiter eskaliert, kann Deutschland das türkische Argument, „Die PYD ist ein Arm der PKK und folglich eine Terrororganisation“, umkehren: „Die PYD sehe ich nicht als Terrororganisation an, folglich ist auch die mit ihr verbundene PKK keine Terrororganisation“.

MIT BAUERNSCHLÄUE DER WELT DIE STIRN BIETEN

Die so genannten Außenexperten der AKP haben solche potentiellen Folgen mit Sicherheit nicht auf dem Schirm. Ein paar Schritte Vorausplanung überfordert sie. Es stellt

sich daher die Frage, wie sich die Außenpolitik unter diesem Team, das die Welt mit Bauernschläue bezwingen möchte, ändern soll. Ein Team, das mit dem Abschuss eines russischen Kampffluges etwas fertig gebracht hat, das kein anderes NATO-Land in 65 Jahren wagte, und, als der Boden unter den Füßen zu brennen anfing, die Schuld dem Piloten zuschob sowie kleinlaut eine Überwindung der Spannungen mit Russland herbeiwünschte, während man sich gleichzeitig erneut gegenüber Russland aufplusterte, man werde mit aller Entschlossenheit gegen alle kämpfen, die Aleppo zu Fall bringen wollten.

„Volle Fahrt zurück“ mit diesem Team, das den wochenlangen Raketenbeschuss der türkischen Grenzstadt Kilis durch den IS, der den Tod etlicher Zivilisten forderte, als „möglicherweise versehentlich“ bezeichnete, und das die geopolitische Isolation der Türkei als „Position der wertvollen Einsamkeit“ beschönigt?

Es gilt zu bedenken, dass im Äußern mit Nachdruck zwischen Erdoğan und der Türkei unterschieden wird. Putin betont, „Die freundschaftlichen Beziehungen zum türkischen Volk werden aufrechterhalten. Wir haben aber Probleme mit politischen Personen, die linkische Aktionen begehen. Darauf werden wir angemessen reagieren“. In den USA läuft ein von der AKP mit Sorge verfolgter, medienwirksam inszenierter Gerichtsprozess gegen den türkisch-iranischen Geschäftsmann Reza Zarrab, der als Drahtzieher im Rahmen des Korruptionsskandals der türkischen Regierung gilt.

Erdoğan kann auf Europa schimpfen, so viel er möchte. Dass die Zustimmung zum EU-Beitritt in der Türkei bei einer jüngeren Umfrage im Vergleich zum Vorjahr um 13 % auf insgesamt 75 % gestiegen ist, zeigt, dass die meisten wissen, was läuft. ■■■

Dr. Behlül Özkan ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Marmara Universität.

*Der Artikel erschien zuerst in der Tageszeitung BirGün am 5.6.2016 und wurde von Infobrief Türkei übersetzt.

ALLIANZEN DES KAPITALS – REAKTIONÄRE WECHSELWIRKUNGEN ZWISCHEN EU, USA UND TÜRKEI

VON KORKUT BORATAV

Einen Tag nachdem Erdoğan's favorisierte Regierung gebildet wurde, befand sich die Istanbul Börsen, der Ort, der den Kollektivwillen des Kapitals spiegelt, in Hochstimmung. Kurz zuvor war mit der Aufhebung der Immunität von Parlamentsabgeordneten ein weiterer Schritt in Richtung Faschismus getan worden. Die positive Resonanz an der Börse ist nur eines von vielen Zeichen für die faktische Allianz, in der sich das Kapital in der Türkei mit den reaktionären Kräften befindet. Wie aber steht das metropolitane Kapital zur anti-demokratischen Entwicklung an seiner Peripherie, welche Haltung nehmen die Regierungen der Zentrumsländer ein?

Als der (inzwischen zurückgetretene) britische Premierminister Cameron sagte, die Türkei werde mit ihrem aktuellen Kurs der EU frühestens im Jahr 3000 beitreten, deuteten die Liberalen dies optimistisch als Sorge um die Demokratie in der Türkei. Doch schnell wurde klar, dass Camerons Äußerung im Gezerre mit Boris Johnson, dem Ex-Bürgermeister von London und Anführer der Brexit-Kampagne, gefallen war. Johnson hatte den von der Zeitschrift *The Spectator* ausgerufenen Wettbewerb um das schmachvollste Gedicht über Erdoğan gewonnen. Um bei der Gegnerschaft zur Türkei nicht hinter seinem Rivalen zurückzubleiben, reagierte Cameron mit diesem Ausspruch zur „Mitgliedschaft im Jahr 3000“. Kein Anflug demokratischer Empathie, vielmehr ein Akt niveauloser Herabsetzung ist der Fall.

Nun denn, wie steht es um Angela Merkel, der eigentlichen Chefin der EU, dürfen wir uns von ihr etwas erhoffen? Ihren letzten Besuch bei Erdoğan, den sie wer weiß wie oft getroffen hat, befand sie als „nützlich“. Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei seien „gestärkt“ worden. Die Hoffnung, sagt man im Türkischen, ist das Brot der Armen, in diesem Fall der Liberalen. Sie heben hervor, Merkel habe ihre Sorge um das parlamentarische Regime in der Türkei, nach Kritik im eigenen Land, immerhin nachträglich ausgedrückt.

ARRANGEMENT DES KAPITALS MIT DER EXTREMEN RECHTEN

Wann werden unsere Liberalen die Illusion aufgeben, Europa sei eine Hochburg der Demokratie? In Europa steht allerorten das Arrangement mit rechtsextremen bis neofaschistischen Bewegungen auf der Tagesordnung. Sind nicht gerade erst zwei rechtsextreme Parteien – die Front National in Frankreich und UKIP in Großbritannien – aus den europäischen Parlamentswahlen als Gewinner hervorgegangen? Hat nicht Norbert Hofer, der Kandidat der rechtsextremen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), die (inzwischen wegen Unregelmäßigkeiten für ungültig erklärte) Präsidentenwahl nur knapp mit 31.000 Stimmen und dank der Wähler/innen im Ausland verloren? Falls er gewonnen hätte, hätte man ihm gratuliert, und nichts weiter. Es gibt in der EU die demokratische Sorge nicht mehr, die einst in Österreich im Jahr 2000 verhinderte, dass Haider, der damalige Anführer der Freiheitlichen, eine Regierung bilden konnte.

Weitere Beispiele? Ist der Putsch gegen den gewählten Präsidenten der Ukraine vor zwei Jahren nicht durch die klare Unterstützung der USA und der EU erfolgt? Ist es nicht dieses Paar, das die ultra-nationalistische, reaktionäre Putschregierung mit Hilfe des IWF auf den Beinen hält?

Die Ukraine liegt außerhalb der EU. Drum werfen wir einen Blick auf die reaktionären Regierungen innerhalb der EU. Gibt es etwa energischen Widerspruch zu den anti-demokratischen Maßnahmen in den beiden rechtsextrem regierten Ländern der EU, Polen und Ungarn? Die Europäische Kommission, die als oberste Institution des europäischen Kapitals fungiert, ist gegenüber den Maßnahmen in Polen, mit denen das Verfassungsgericht entmachtet und die Medien der politischen Kontrolle unterworfen worden sind, passiv geblieben. Indes machte Ungarns Ministerpräsident Orbán, der den anti-demokratischen Weg schon länger beschreitet, im Vorhinein klar, dass er bei möglichen Sanktionen gegen Polen ein Veto einlegen werde.

Kurz, der im Aufstieg befindliche Rechtsextremismus ist bereits in das Wertesystem der EU eingegangen. Das europäische Kapital versucht, diese Bewegung zu domestizieren. Martin Wolf, ein renommierter Sprecher der Bourgeoisie, schreibt in der Financial Times vom 26. Januar 2016, wie dies geschehen soll. Wenn sich die heutigen „Populisten“ (also die extremen Rechten) von den anti-globalistischen und etatistischen Einflüssen des traditionellen Sozialismus befreien, dürften sie das politische Zentrum besetzen. Dies läuft auf ein Arrangement mit den nationalistischen, migrantenfeindlichen und konservativen Idealen der extremen Rechten hinaus.

Die Aussicht ist realistisch, die Umsetzung erfolgt Schritt für Schritt. Das große Kapital benötigt keine weitere Steigerung der Arbeitskraftreserven innerhalb Europas. Ihre Peripherie hält unbegrenzte Reserven bereit, während die Möglichkeiten des Kapitalexports aus den Zentren unbeschränkt sind.

Das Kapital heißt die extreme Rechte, die sich von traditionell linken Festlegungen auf öffentliches Eigentum und Anti-Imperialismus fern hält, willkommen. Es hat die Tür für Allianzen mit den reaktionären Kräften Europas geöffnet. Das verheißt eine Verschmelzung bürgerlicher Politik mit dem Neofaschismus. Warum aber sollte die in Europa entstehende Allianz des Kapitals mit der Reaktion sich nicht auf den außereuropäischen Raum ausweiten? Weshalb sollte die Europäische Kommission sich nicht mit der türkischen Reaktion arrangieren können? Ist eine langfristige Kooperation mit der Türkei unter einer AKP, die die Arbeitskräfte diszipliniert, dem Kapital unbegrenzte Bewegungsfreiheiten zusichert, das Land autoritär aber stabil regiert, nicht für beide Seiten von großem Vorteil? Die Bedingungen für diese Kooperation werden anlässlich der Asylsuchenden neu ausgehandelt, die Menschenrechte sind kein Gegenstand des Deals.

ANTRIEB DES ISLAMISTISCHEN FASCHISMUS DURCH DIE USA

Welchen Beitrag leisten die USA? Joe Biden hat während seiner Türkei-Reise oppositionelle Kreise getroffen sowie unterstützende Erklärungen abgegeben für die Intellektuellen, die der Repression ausgesetzt sind. Von amerikanischer Seite vorgebrachte kritische Äußerungen über die AKP werden immerzu in die Türkei getragen. Sie führen bei den Liberalen regelmäßig zu großem Optimismus. Eine

andere positive Erwartung stützt sich auf den Misserfolg der Syrien-Politik von Erdoğan. Der Drang nach einem militärischen Abenteuer im Ausland und die Hoffnung, „Assad zu schlagen und Aleppo zu erobern“, stehen vor dem Aus. Eine Hauptader, die den islamistischen Faschismus nährt, könnte dadurch abgeschnitten werden.

Allerdings nähert sich die Obama-Ära, die solche Wahrnehmungen teilweise stützt, ihrem Ende. Die neue Regierung, ob unter Donald Trump oder Hillary Clinton, wird die türkischen Liberalen enttäuschen. Trump repräsentiert ohnehin die Allianz der US-amerikanischen Reaktion mit dem Kapital. Es widerspricht der Natur der Sache, dass diese Allianz den Nahoststaaten und der Türkei Demokratie bringen könnte. Doch die mögliche Präsidentschaft von Clinton hält ein noch gefährlicheres Szenario bereit. Als Außenministerin erwarb sie sich eine schmutzige Weste, Staatsstreich, wie in Honduras, kleben an ihr. Sie verantwortet eine Politik, die die Aufstände in den arabischen Ländern in die Hände fundamentalistischer Islamisten überführt hat. Sie trug unmittelbar dazu bei, dass die Türkei zum Knotenpunkt für Syriens Dschihadisten geworden ist. Den Lynchmord an Gaddafi, dessen Körper nach menschenverachtenden Misshandlungen vollkommen entstellte war, kommentierte sie mit „We came, we saw, he died“ (Wir kamen, wir sahen, er starb).

Eine von Clinton angeführte Außenpolitik der USA verspricht noch mehr Blut, Zerstörung und Unruhe für die Türkei, Syrien und andere Nahoststaaten. Während ihrer Wahlkampagne hat sie Erdogans Vorschlag zur Errichtung einer „sicheren Flugverbotszone“ in Syrien unterstützt. Sie arrangiert sich nun mit dem Ex-Präsidenten der CIA General Petraeus, der die Al-Nusra-Front in Syrien, die dem Al-Qaida-Netzwerk angehört, als einen potentiellen Partner ansieht. Obamas Widerwillen und Russlands Eingreifen haben den von Saudi-Arabien, Katar und der Türkei gestützten Zustrom von Dschihadisten nach Syrien gerade erst unterbrochen. Clinton steht für eine Wiederbelebung dieses Szenarios, ergänzt durch eine „sichere Zone“. Erdoğan baut darauf. Es könnte zum letzten Schritt in den islamistischen Faschismus werden.

HARTE KÄMPFE IN NAHER ZUKUNFT

Sowohl in den USA als auch in Europa entstehen Allianzen zwischen dem Kapital und reaktionären Kräften. Dass von dort Demokratie in die Periphe-

rien exportiert wird, ist nicht plausibel. Das Gegenteil liegt nahe, die USA und Europa werden die islamistische Reaktion befördern, wie es in der Türkei und im Nahen Osten bereits der Fall ist.

Doch damit nicht genug, die bestehenden linken Regierungen auf dem Globus sind bedroht. Der Neoliberalismus hat im 21. Jahrhundert seinen eigenen Antagonisten hervorgebracht. Linke Bewegungen, die die Dominanz lokaler Bourgeoisien und der imperialistischen Zentren zugunsten der werktätigen Klassen zu begrenzen suchten, gelangten an die Macht. Eine Reihe von Regierungen, wie in Venezuela, Brasilien, Bolivien, und die erste Regierung von Syriza gehören dazu. Die imperialistischen Zentren verfolgen gemeinsam mit den reaktionären Bewegungen dieser Länder das Ziel, die linken Vorbilder einzuhegen und letztlich zu beseitigen. Der „Putsch ohne Waffen“ ist eine weitere Methode, die zwischenzeitlich entwickelt wurde, um linken Regierungen den Garaus zu machen.

Die werktätigen Klassen an allen Orten dieser Welt, selbstverständlich auch in der Türkei, sind dazu verdammt, den verhängnisvollen Allianzen Widerstand zu leisten. Dies ist ein Ringen der Arbeit, der Demokratie und der Aufklärung. Die Macht ist ungleich verteilt. In naher Zukunft erwarten uns harte Kämpfe. ■■■

Prof. Korkut Boratav ist emeritierter Wirtschaftswissenschaftler an der Ankara Universität. Er ist Autor zahlreicher Werke zur politischen Ökonomie der Türkei und publiziert regelmäßig in linken Journalen.

*Der Artikel erschien zuerst in İleri Haber am 27.05.2016 und wurde von Infobrief Türkei übersetzt.

HUNDERTJÄHRIGE ALLIANZ? TÜRKISCH-DEUTSCHE BEZIEHUNGEN IM SPANNUNGSFELD NEUER-ALTER INTERESSENPOLITIK

VON MEHMET OKYAYUZ UND UĞUR TEKINER

Die traditionell engen Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland, zu deren wichtigsten Stationen der Erste Weltkrieg, die Phase des Kalten Krieges und die Arbeitsmigration aus der Türkei zählen, sind in der jüngeren Vergangenheit intensiver und zugleich angespannter geworden. Insbesondere mit der ‚Flüchtlingskrise‘, die als Resultat des Krieges in Syrien einsetzte, reißen die öffentlichen Kontroversen nicht mehr ab. Wenn auch die gewohnte Rhetorik ‚historischer Gemeinsamkeiten‘ oder einer ‚strategischen Allianz‘ weiterhin dominiert, so ist doch die Spannung zwischen den beiden Ländern merklich gestiegen, nicht zuletzt aufgrund des Bundestagsbeschlusses vom 2. Juni 2016 zu den Ereignissen des Jahres 1915. Diese ambivalente Situation macht es notwendig, die Beziehungen realistisch, das heißt jenseits der Diskursebene zu analysieren. Hierbei ist zunächst erforderlich, die wesentlichen (außen)politischen Paradigmen der an der Macht befindlichen Klassen beider Länder zu skizzieren.

DEUTSCHLAND - WIDERWILLIGER HEGEMON

Seit Gründung des neuen ‚großen‘ Deutschlands im Jahr 1991, was nicht von jedermann/-frau als Wiedervereinigung gefeiert wurde und wird, kann Deutschlands Außenpolitik mit dem Begriff ‚reluctant hegemon‘ (widerwilliger Hegemon) umschrieben werden. Der Begriff, der von William E. Paterson [1] im Zusammenhang mit der europäischen Schuldenkrise des Jahres 2011 in die Debatte eingeführt wurde, benennt Deutschlands Stellung in Europa seit Anfang der 1990er Jahre, also eine Periode, die von einem kontinuierlichen politischen und ökonomischen Anwachsen deutscher Macht gekennzeichnet ist, trotz der Tatsache, dass die Einverleibung des sozialistischen Deutschlands in den kapitalistischen westdeutschen Betrieb für nicht wenige Menschen den sozialen Abstieg bedeutete und für das Land insgesamt strukturelle Krisenerscheinungen nach sich zog.

Indes war Deutschland seitdem nicht in der Lage, anders als einst Großbritannien oder Frankreich, seine neue politisch-ökonomische Macht offen zu demonstrieren. Wie bekannt war ein Resultat der

Katastrophe des Faschismus, dass beide deutschen Staaten, aber insbesondere die damalige Bundesrepublik, von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges ‚gezähmt‘ wurden und mit begrenzter außenpolitischer Kompetenz agierten. Als Folge dieser Entwicklung zieht es die herrschende Klasse Deutschlands bis heute vor, hegemoniales Bestreben nicht offen zu artikulieren. Die sich in letzter Zeit laut und schrill äussernden Europa-, oder besser EU-feindlichen Stimmen in Deutschland und kurzfristige ökonomische Kostenanalysen, die einen Schatten auf Deutschlands bedingungslose Unterstützung des ‚Projekts Europa‘ werfen, haben diese Haltung noch verstärkt [2]. Mit anderen Worten, Deutschland gefällt sich trotz seiner wachsenden politisch-ökonomischen Stärke und der gehegten Erwartung, diese Macht auch wirkungsvoll zu zeigen, in der Rolle des ‚widerwilligen Hegemons‘.

Seit Beginn der Schuldenkrise im Jahr 2009 darf man gespannt sein, ob und wie sich diese Rolle weiterentwickeln wird. Seit dieser Zeit, in der Länder wie Griechenland, Italien und Portugal Finanzkrisen – bis nahe an den ökonomischen Ruin – durchlebten beziehungsweise weiterhin durchleben und das ‚Projekt Europa‘ ums Überleben kämpft(e), ist Deutschland strukturell die Rolle verliehen worden, dieses Projekt zu ‚retten‘, indem es neoliberale sozioökonomische Reformen forciert durchsetzen soll. Die Worte von Polens damaligem Außenminister Radek Sikorski, die er 2011 in Berlin äußerte, zeigen Wandel und Erwartung an dieses ‚neue‘ starke Deutschland: „Ich fürchte mich nun weniger vor Deutschlands Macht als vor seiner passiven Haltung.“ [3]

Es scheint so, dass Deutschland unter den neuen Umständen seine ‚widerwillige‘ Haltung, auch auf Druck der herrschenden Interessengruppen in Staat und Gesellschaft, auf Dauer nicht länger fortsetzen können wird und dies auch nicht mehr will. Das heißt: Was im Grunde sowieso angestrebt wird, wird mit der Zeit wohl auch offen betrieben werden. Ein Anzeichen dafür lieferte die Münchener Sicherheitskonferenz von 2014. Hier wurde die Notwendigkeit einer aktiveren Rolle Deutsch-

lands in der internationalen Arena, beispielsweise durch stärkere Beteiligung an internationalen militärischen Missionen, betont. Auch die aktuelle Flüchtlingskrise, die eine Debatte um Freizügigkeit, Immigrations- und Sicherheitspolitik – meist im selben Atemzug zur Sprache gebracht – zur Folge hatte und weiterhin hat, gibt einen Hinweis auf die neue Rolle Deutschlands.

TÜRKEI – NEO-OSMANISCHE REGIONALMACHT

Schaut man auf die Türkei, so kann seit etwa zehn Jahren von einer neo-osmanischen Ausrichtung in der Außenpolitik gesprochen werden. Die 2002 an die Macht gekommene religiös-konservative AKP, die bis 2007 keine tiefgreifenden außenpolitischen Veränderungen vornahm und deren so genannte Demokratisierungspakete im Rahmen des EU-Integrationsprozesses in dieser Zeit von den Mainstream-Medien, aber nicht nur diesen, gefeiert wurden, versucht, verstärkt seit den letzten Wahlen, aber auch schon vorher, nicht nur das innenpolitische Gefüge zu verändern, sondern hat auch einen Paradigmenwechsel in der Außenpolitik einzuleiten. Die AKP, die ihre konservative religiöse Ausrichtung seit 2007 offen auch auf die Außenpolitik ausdehnt, hat das in der Anfangszeit der türkischen Republik artikuliert und als Relikt einer ‚alten Türkei‘ denunzierte außenpolitische Paradigma (Yurtta Sulh, Cihanda Sulh / ‚Friede im Innern, Friede in der Welt‘) aufgegeben. Unter Führung des früheren Außenministers wurde eine neo-osmanische Ausrichtung vollzogen, bei Präferenz einer sunnitisch-islamistischen Orientierung. In diesem Zuge soll der auf Europa gerichtete Blick, der im Rahmen der Modernisierungsstrategien der Türkei seit Gründung der Republik dominierte, sich nun auch gen Asien und dem Nahen Osten wenden, hier insbesondere die Zusammenarbeit mit islamischen Ländern forciierend.

Richtungsweisend hat sich diesbezüglich Davutoğlu's Buch ‚Stratejik Derinlik‘ (Strategische Tiefe) erwiesen, in dem er die Leitprinzipien des Neo-Osmanismus ausgearbeitet und formuliert hat, wobei der weitreichende Plan darin bestand/ besteht, die Türkei zu einer Regionalmacht zu machen. In diesem Zusammenhang verfolgt die Türkei seit mehreren Jahren eine Politik, in deren Mittelpunkt nicht mehr Vermittlung und Ausbalancieren von Gegensätzen steht, sondern aktives Eingreifen in die Geschehnisse der Region. Widersprüche und Gegensätze mit EU-Positionen, insbesondere die

Nah-Ost-Politik betreffend, konnten dabei nicht ausbleiben. So wurden beispielsweise Stimmen laut, welche die türkische Seite der Unterstützung islamischer Kräfte in der Region beschuldigten. Anstelle einer Harmonisierung im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses sind denn auch just in dieser Zeit konfliktorische Machtausensetzungen zwischen der Türkei und Deutschland, das immer weitreichender die Führungsrolle innerhalb Europas übernimmt, evident geworden. Und trotzdem nimmt in der Mainstream-Rhetorik der Länder-Verantwortlichen nach wie vor die ‚selbstverständliche‘ Rede von einer ‚hundertjährigen Allianz‘ und von gemeinsamen strategischen Interessen einen zentralen Platz ein.

ANGESPANNTE BEZIEHUNGEN

Die ‚optimistische‘ Rhetorik ist aber keinesfalls (mehr) in der Lage, die als Resultat der außenpolitischen Paradigmenwechsel auftretenden Spannungen zwischen den beiden Ländern zu überdecken. Diese Spannungen können unter drei Punkte subsumiert werden.

Der erste Spannungspunkt entwickelte sich auf der Grundlage einer seit mehr als 50 Jahren bestehenden Verwerfungslinie, die die 3 Millionen Menschen mit türkischem ‚Migrationshintergrund‘ betrifft. Diese Bevölkerungsgruppe, die nunmehr in der vierten Generation in Deutschland lebt und zum größten Teil dort geboren wurde, ist immer noch mehr Objekt als Subjekt einer Debatte um Migration und Asyl. Insbesondere seit Angela Merkel 2005 an die Macht kam, hat sich diese Debatte verschärft. Dies wirkt sich nicht zuletzt auf das türkisch-deutsche Verhältnis aus. In der Regierungszeit von Merkel hat sich die Politik eines ‚Migrationsmanagements‘, dessen hypothetische Basis das Scheitern des Nebeneinander-Lebens und die Erwartung der Rückkehr von vielen MigrantInnen in ihre Heimatländer ist, ganz in alter CDU/CSU-Manier, fortgesetzt. Es bleibt da nicht aus, dass die größte MigrantInnengruppe sich betroffen und auch bedroht fühlt. Auch wenn der damalige Ministerpräsident Erdoğan während seines Deutschland-Besuches im Jahre 2014 betonte, dass Merkel „die Kanzlerin aller in Deutschland lebenden Menschen, also auch der Migranten“ sei, hat sich die Migrationspolitik unter Merkel seither nicht geändert. Allein dies hätte wahrscheinlich zu keinen nennenswerten Spannungen geführt, aber die Hinwendung der AKP-Verantwortlichen zu

den in Deutschland lebenden ‚Landsleuten‘ speiste sich auch aus dem neo-osmanischen Paradigma mit Schwerpunkt-Legung auf eine Gemeinschaft (sunnitischer) Gläubiger. Einige darauf basierende öffentliche Erklärungen mögen denn auch die deutschen Autoritäten verärgert haben. Erdoğan selbst sprach in einer Versammlung vor türkischen Arbeitsmigranten im Jahre 2015 in Karlsruhe davon, dass diese „unsere auswärtige Kraft“ seien [4].

Ein zweiter Spannungspunkt, der zu Verwerfungen im türkisch-deutschen Verhältnis geführt hat, ist zweifelsohne der Prozess der EU-Kandidatur der Türkei. Seit dem Machtantritt von Merkel besteht die offizielle Linie der deutschen Außenpolitik darin, anstelle von Gemeinsamkeiten prinzipielle Unterschiede zwischen der Türkei und der EU zu betonen und den EU-Beitritt der Türkei abzulehnen. Ein weiteres Land, das sich gegen den EU-Beitritt der Türkei aussprach und zusammen mit Deutschland eine ‚Front‘ gegen die Türkei aufbaute, sich für eine privilegierte Partnerschaft statt einer Vollmitgliedschaft aussprach, war Frankreich unter dem damaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy. Merkels Rede von einem offenen Prozess und ihre Betonung, dass die Verhandlungen mit der Türkei trotz alledem weitergehen mögen, spiegelt dabei lediglich einen Pragmatismus, den wir schon vom Bundestagswahlkampf 2013 gewohnt sind. Man kann an dieser Stelle feststellen, dass die Verhandlungen aus der Sicht Merkels – und trotz aller Einwände von türkischer Seite – nicht zum Ziel haben, der Türkei die Vollmitgliedschaft in der EU zu sichern, sondern vielmehr dazu dienen, die ‚demokratische‘ Entwicklung in der Türkei in neoliberaler Manier zu zementieren. Auf der anderen Seite ist festzustellen, dass die AKP von ihrer bis 2007 verfolgten Linie, sowohl den politischen als auch den ökonomischen Liberalismus im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses umzusetzen, allein den Neo-Liberalismus übrig behalten hat, wobei sie den politischen Liberalismus ohnehin nur so weit verfolgt hatte, wie es der Konsolidierung ihrer Herrschaft dienlich war. In diesem Zusammenhang sei angemerkt, dass der AKP-Regierung, die im Westen lange Zeit als Kraft der demokratischen Transformation ‚gefeiert‘ wurde, von deutscher Seite in letzter Zeit häufiger Defizite vorgeworfen werden, die sie bei genauerer Betrachtung aber immer schon aufzuweisen hatte. Daher ist man gut beraten, diese Vorwürfe nicht als essentiell zu betrachten, sondern als Teil von pragmatischer Macht- und Interessenpolitik.

Der dritte Spannungspunkt betrifft die aktuelle Flüchtlingskrise. Wie man weiß, stellt die Türkei den wichtigsten Zielpunkt, aber auch die wichtigste Transitroute der aus Syrien stammenden Flüchtlinge dar. Infolgedessen ist die EU unter der ‚Führung‘ von Merkel in Verhandlungen mit der Türkei eingetreten, um die Flüchtlinge ‚vor Ort‘ zu halten und ihre Weiterreise nach Europa zu verhindern. Die ‚Festung Europa‘ wird weiter ausgebaut, da sonst der Kollaps des Schengener Systems befürchtet wird. Die Rückführungsvereinbarung mit der Türkei ist das vorläufig letzte Ergebnis dieser Verhandlungen. Die EU hat sich bereit erklärt, der Türkei für die ‚Rücknahme‘ und Integration der von Europa ‚nicht erwünschten‘ Flüchtlinge 6,7 Mrd. Euro bereitzustellen. Was wie humanitäre Hilfe aussieht, ist dabei nichts anderes als ein ökonomischer Deal, der bestenfalls dazu führt, dass ‚erwünschte‘ Arbeitskräfte nach Europa gelassen, die ‚Unerwünschten‘ jedoch ‚ausgesiebt‘ und zurückgeschickt werden. All dies wird auf dem Rücken der Flüchtlinge ausgetragen; deren Lage wird zur Durchsetzung politischer Interessen instrumentalisiert, wobei dies beide Seiten tun und einseitige Schuldzuweisungen fehl am Platze sind. Was für Erdoğan die Drohung mit den ‚Menschenmassen‘, die er unter Umständen gen Europa ziehen lassen will, ist für Deutschland und die EU das schnöde Geld, mit der Konzessionen erkaufte werden. Was ‚besser‘ ist, sei hier nicht diskutiert. Aber beides repräsentiert die herrschende Logik von Machtpolitik.

LANGFRISTIGE VORTEILE

Wie der stellvertretende Vorsitzende des Vereins für Globale- und EU-Studien (Avrupa Birliği ve Küresel Araştırmalar Derneği), Can Baydarol, ausgeführt hat, sind die Spannungen zwischen beiden Staaten zu einem Zeitpunkt, an dem Flüchtlingskrise und Visa-Freiheit ineinander verwoben (worden!) sind, zu einem vorläufigen Höhepunkt gelangt [4]. Und genau an diesem Punkt hat die Deklaration des Bundestages vom 2. Juni 2016 zu den Vorfällen von 1915 dazu geführt, dass die türkisch-deutschen Beziehungen „einen Schaden erlitten haben, der schwer zu reparieren ist“, so die Ausführungen von türkischer offizieller Seite.

Doch was bedeuten diese Entwicklungen nun für die langfristigen Beziehungen zwischen den beiden Ländern? Deutschland ist mit 13,4 Mrd. Dollar der größte Export- und mit 21,3 Mrd. Dollar der zweitgrößte Importpartner der Türkei (nach

China). Experten sind sich einig, dass sich die Handelsbeziehungen kaum verändern werden. Veränderungen könnte es hingegen auf dem Gebiet der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik geben, wo es gegenwärtig eine enge Zusammenarbeit gibt. Gemeinsame Operationen gegen den Islamischen Staat werden von der Militärbasis in Incirlik aus geführt, NATO-Operationen gegen ‚Menschenhandel‘ und ‚organisierte Kriminalität‘ werden gemeinsam in der Ägäis durchgeführt, zwischen den Innenministern beider Staaten werden strategische Dialog-Mechanismen aufrechterhalten [5]. Es ist unklar, ob und inwieweit diese Zusammenarbeit in der nahen Zukunft weitergeführt wird.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich die türkisch-deutschen Beziehungen aufgrund der oben erwähnten Paradigmenwechsel sowie unterschiedlicher (machtpolitischer) Annäherungen in Einzelfragen in einer Krisenphase befinden. Die Rede von der hundertjährigen Allianz, der unverbrüchlichen Bruderschaft und den gemeinsamen strategischen Interessen kann die Spannungen in den Beziehungen nicht mehr überlagern. Aber letztendlich werden diese beiden von rechten Parteien – wenn auch in Deutschland in Koalition mit der SPD – geführten Länder, die beide Mitglied in der NATO sind und sich solcherart stets gegenseitiger politischer und militärischer Loyalität versichern, im Rahmen neoliberaler Prinzipien und der darauf beruhenden gegenseitigen Vorteile nicht aufeinander verzichten können. ■■■

[1] William E. Paterson (2011): *The Reluctant Hegemon? Germany Moves Centre Stage in the European Union*. *Journal of Common Market Studies*. 2011 Annual Review. England: Blackwell Publishing Ltd. 49: 57–75.

[2] Uğur Tekiner (2015): *Germany in Europe or Europe in Germany: An Evaluation of the Mutual Interaction between German Reunification and European Integration from 1945 until 2009*. Unveröffentlichte Master-These. Betreuer: Mehmet Okyayuz. ODTÜ Institut für Sozialwissenschaften. Ankara. 281-287.

[3] Ian van Son (2013): *Germany’s Unwillingness to Lead: The Nature and Exercise of its Power, and How its History, Normalization, and Economic Concerns Have Brought About an Existential Crisis and Reluctance to Lead Alone*. Master of Arts in Law and Diplomacy Capstone Project. Tufts University – The Fletcher School.

[4] Aram Ekin Duran (2016): *Soykırım Kararı Türkiye-Almanya İlişkilerini Nasıl Etkileyecek?* Deutsche Welle Türkçe. <http://www.dw.com/tr/soykirim-karari-turkiye-almanya-iliskilerini-nasil-etkileyecek/a-19313910>

www.dw.com/tr/soykirim-karari-turkiye-almanya-iliskilerini-nasil-etkileyecek/a-19313910

[5] Değer Akal (2016): *Stratejik İlişkilerde Soykırım Gerilimi*. Deutsche Welle Türkçe. <http://www.dw.com/tr/stratejik-iliskilerde-soykirim-gerilimi/a-19318388>

Mehmet Okyayuz ist Professor am Fachbereich Politikwissenschaften der Middle East Technical University in Ankara.

Uğur Tekiner ist Politikwissenschaftler und arbeitet am selben Fachbereich.

»NOBLE EINSAMKEIT« UND STRATEGISCHE PRIORITÄTEN

ÜBER DIE VERMEINTLICHEN VERWERFUNGEN IN DEN DEUTSCH-TÜRKISCHEN BEZIEHUNGEN

VON MURAT ÇAKIR

Nachdem der Putschversuch die Machtverhältnisse in der Türkei durcheinander gewirbelt hat, versucht Erdoğan, mit Unterstützung der bürgerlichen Opposition im Inland die strategischen Partnerschaften zu erneuern. Die Rechnung könnte durchaus aufgehen, denn das ›erneuerte‹ Regime ist für alle Bündnispartner attraktiv.

Wer heutzutage die Berichterstattung der Medien über die Türkei verfolgt, wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, dass die Bundesregierung und somit Europa dem erpresserischen Handeln eines selbstherrlichen Despoten – wie der türkische Staatspräsident Erdoğan zuweilen bezeichnet wird – ohnmächtig gegenübersteht. Die »erratische Regierung« (Rainer Herrmann, FAZ) sei dabei, die Türkei ins Autoritäre abdriften zu lassen. Damit stünde die Flüchtlingsvereinbarung auf der Kippe – »eine Vereinbarung, die dem wohlverstandenen Interesse beider Seiten dient, wozu ausdrücklich auch die humanitären und menschenrechtlichen Ansprüche an den Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern« gehöre, so die FAZ.

Ähnliches ist auch von kritischen Stimmen aus der Türkei zu hören: so schreibt z.B. Behlül Özkan, dass »die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei innerhalb eines Jahres zum Zerreißen gespannt« seien, und spricht von einem »Merkel-Erdoğan-Duell«. Dieser Eindruck verschärft sich durch die harsche Rhetorik, gar die rassistischen Tiraden des türkischen Staatspräsidenten gegenüber Bundestagsabgeordneten sowie durch die kritischer werdenden Töne aus Berlin. Während der Bundestagspräsident in »unmissverständlicher« Empörung die »Verbalattacken Erdoğan's mit deutlichen Worten zurückweist« und der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, mit Blockade der Visafreiheit droht, tritt Hansjörg Haber, der EU-Botschafter in der Türkei, zurück. Regierungsnahen Medien der Türkei beleidigen Merkel mit Hitler-Vergleichen. Gute Beziehungen sehen anders aus, müsste man meinen.

Aber sind die Beziehungen tatsächlich so schlecht? Ist die vor mehr als hundert Jahren geschlossene,

mit beiderseitigem beharrlichem Eifer betriebene deutsch-türkische Waffenbrüderschaft nun am Ende? Spitzt sich das Ganze wirklich zu einem »Merkel- Erdoğan-Duell« zu? Oder ist es vielleicht nur eine vom Störenfried Erdoğan verursachte vorübergehende Beziehungskrise? Was sind die Gründe, die in den deutsch-türkischen Beziehungen zu solchen Verwerfungen geführt haben?

DIE UNVERZICHTBARE BEDEUTUNG DER TÜRKEI FÜR DAS DEUTSCHE KAPITAL

Derselbe deutsche ›Qualitätsjournalismus‹, der gegenüber Erdoğan mit Häme nicht spart, ist vollen Lobes für die türkische Flüchtlingspolitik und für die geopolitische Schlüsselposition der Türkei. Noch Ende April bedankte sich die Bundeskanzlerin für »den allergrößten Beitrag der Türkei bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise«. Der EU-Ratspräsident würdigte die Türkei als »heute das beste Beispiel für die Welt insgesamt, wie wir mit Flüchtlingen umgehen sollten«, weshalb keiner das Recht habe, »belehrend auf die Türkei einzuwirken, wenn es darum geht, wie man sich richtig verhält«. Schützenhilfe kam auch vom Bundesinnenminister, der nicht will, dass »wir der Schiedsrichter beim Thema Menschenrechte für die ganze Welt sein« sollen, sowie vom Bundespräsidenten, der betonte, »dass Millionen von Flüchtlingen in diesem Land ein sicheres Leben gefunden haben«.

Den Medien und der verantwortlichen Politik dürfte nicht entgangen sein, dass in dem »größten Aufnahmeland«, was ja zahlenmäßig zutrifft, Millionen Flüchtlingen grundlegende Rechte verwehrt werden. Sie haben keinen gesicherten Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung und Sozialleistungen. Ihnen dürfte auch bekannt sein, dass die Türkei »den humanitären und menschenrechtlichen Ansprüchen an den Umgang mit Flüchtlingen« und Schutzsuchenden nachweislich nicht genügt. Selbst das wiederholte Erschießen von Flüchtlingen an der längst gesperrten syrisch-türkischen Grenze ist nicht mehr zu verheimlichen.

Das alles zu ignorieren ist aber keinesfalls Ausdruck politischer Naivität. Im Gegenteil, diese Ignoranz

ist das Ergebnis strategischer Prioritäten der Bundesrepublik, die als zentrale Ordnungsmacht in Europa den »ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt« (Verteidigungspolitische Richtlinien der Bundesregierung) erhalten will. Für diese Ziele hat die Türkei eine unschätzbare Bedeutung und in Anbetracht dessen ist für die Bundesregierung die humanitäre Behandlung von Flüchtlingen zweitrangig, ja gar verzichtbar.

Es genügt ein Blick auf die Weltkarte, um die geopolitische Schlüsselposition der Türkei zu verstehen: Sie ist die einzige Landbrücke zwischen Schwarzem Meer und Mittelmeer, über den die Märkte, Energiequellen und Ressourcen im Kaukasus, Nahen und Mittlerem Osten sowie in Zentralasien erreicht werden können. Sie ist Herrin der beiden Meerengen des Marmarameeres, den die russischen Seestreitkräfte als Zugang zum Mittelmeer und darüberhinaus benötigen. Sie ist einer der weltweit wichtigsten Energieumschlagplätze. Das kann für die eigene »Energiediversität«, sprich für die Unabhängigkeit vom russischen Erdgas, dienlich sein. Sie ist ein verlässlicher NATO-Partner, der mit seiner modernisierten Militärmaschinerie die beabsichtigte »Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens« überwachen kann. Der militärisch-industrielle Komplex der Türkei wurde mit Hilfe deutscher Rüstungsexporte hochgezüchtet. Als Lizenznehmerin deutscher Rüstungskonzerne ist sie für die Umgehung der deutschen Rüstungsexportrichtlinien am besten geeignet. Als billiger Produktionsstandort für deutsche Güter sowie als Markt verspricht die Türkei mit ihrer jungen, aufstrebenden Bevölkerungsstruktur hohe Profite. Und nicht zuletzt ist die Türkei das Land, dem die Aufgabe zufällt, das »historisch beispiellose, ambitionierte, aber im schönsten Sinne eben auch europäische Unterfangen« (FAZ), nämlich das EU-Grenzregime, aufrecht zu erhalten.

Kurz: In der Kontinuität der bewährten deutsch-türkischen Waffenbrüderschaft wäre die Bundesregierung die Letzte, die die Unterstützung der türkischen Regierungen beenden würde – trotz der Schwierigkeiten mit Erdoğan. Weder die von der Bild-Zeitung heraufbeschworene »Eiszeit« in den Beziehungen oder die gegenseitigen Belehrungen im Zusammenhang mit der Völkermord-Resolution des Deutschen Bundestages, noch die Forderungen einiger bundesdeutscher Regierungspolitiker »die deutschen Tornados von der türkischen Luft-

waffenbasis Incirlik abzuziehen« oder Erdoğan's Vorwürfe an die deutsche Seite, dass »Deutschland aus Neid an den Erfolgen der Türkei kurdische Terroristen unterstütze«, sollten darüber hinweg täuschen, dass die deutsch-türkische Partnerschaft wie »ein Fels in der Brandung« steht.

Es gibt mehrere Tatsachen, die das belegen: Als erstes sind die deutschen Tornados in der Türkei zu nennen. Trotz diplomatischer »Missstimmungen« steht der Aufbau eines permanenten Stützpunktes für deutsche Tornados und Airbus-Tankflugzeuge innerhalb der türkischen Luftwaffenbasis Incirlik für knapp 65 Mio. Euro weiterhin auf der Tagesordnung. Auch wenn die türkische Regierung Bundestagsabgeordneten den Besuch der Luftwaffenbasis verweigert hat, so ist weder von deutscher, noch von türkischer Seite erklärt worden, dass es irgendeine Planänderung in dieser Sache gibt. Während die AKP-Regierung die weitere Präsenz der Bundeswehr in der Türkei nicht problematisiert, sieht das Bundesverteidigungsministerium in dem geplanten Stützpunkt eine »solide Grundlage für den dauerhaften Einsatz der Bundeswehr«. Ebenso wenig erkennt General Warnecke, Abteilungsleiter Strategie und Einsatz, eine »Gefährdung der Kooperation«, was durch die von einem deutschen Admiral in der Ägäis geführte griechisch-türkische Mission »zur Eindämmung der Schleuser-Kriminalität« belegt werde.

Weiterhin steht die Bundesregierung in Sachen »Flugverbotszone in Nordsyrien«, also bei den Bestrebungen der Türkei den Zusammenschluss der kurdischen Kantone Cizire und Kobane mit Afrin zu verhindern, an der Seite der türkischen Regierung. Seit Februar 2016 fordert die Bundeskanzlerin die Einrichtung einer solchen Flugverbotszone. Für die Sicherheit einer solchen Flugverbotszone wurden seinerzeit die deutschen Patriot-Systeme in der Türkei stationiert. Der jetzige völkerrechtswidrige Einmarsch türkischer Streitkräfte im Verbund mit islamistischen Gruppen wird von der Bundesregierung nicht kritisiert, obwohl Panzer aus deutscher Produktion zum Einsatz kommen. Im Gegenteil, die Bundesregierung drückt ausdrücklich ihre Zustimmung und »Sympathie« für die türkischen Operationen aus. Insofern war es keiner diplomatischen Zurückhaltung geschuldet, dass die Bundeskanzlerin in ihrem »Sommerinterview« am 28. August 2016 in der ARD keinen einzigen Kritikpunkt ansprach, obwohl sie explizit dazu befragt wurde.

Das zeigt: Die Verwerfungen in den deutsch-türkischen Beziehungen sind nur scheinbare, mitnichten findet ein »Merkel-Erdoğan-Duell« statt. Wie jede Kollaboration folgt der Prozess der deutsch-türkischen Partnerschaft gewissen Regeln, in der die Interessenlage ambivalent sein kann. Es liegt in der Natur dieser Kollaboration, dass auch der kleinere Partner sich situationsabhängig durchsetzen und gerade in Krisenzeiten den Takt vorgeben kann – wie in der sogenannten Flüchtlingskrise. Das beeinträchtigt jedoch keineswegs die langfristig ausgelegte Partnerschaft: Die gegenseitigen Abhängigkeiten bleiben erhalten [1].

In der Flüchtlingsfrage sitzen Deutschland und die EU ohnehin am längeren Hebel. Im Umgang mit der Flüchtlingsproblematik wird die Militarisierung des EU-Grenzregimes weiter getrieben und eine zusätzliche Rechtfertigung für Auslandseinsätze der Bundeswehr geschaffen. Sowohl das EU-Türkei-Abkommen als auch der »Heranführungsprozess an die EU« sind letztlich Mittel, um strategische Interessen der deutschen Regierung durchzusetzen. Denn, wie Günter Seufert von der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik zurecht unterstreicht, kann die Türkei als Beitrittskandidatin an der Seite der Bundesrepublik gehalten und die außenpolitische Kooperation erleichtert werden. Aber auch für das AKP-Regime gilt, an der Seite Deutschlands zu stehen – ohne die Unterstützung der EU und insbesondere ohne die Zollunion mit der EU läge die türkische Wirtschaft am Boden. Allein die wirtschaftlichen Realitäten offenbaren eine enge Verquickung mit der BRD: Mit einem Warenwert von 13,2 Mrd. Dollar im Jahr 2015 ist die BRD das Exportland Nummer 1 für die Türkei.

Dennoch gibt es auch Interessenkonflikte zwischen den »Waffenbrüdern«. Wie die Obama-Administration scheint auch die Bundesregierung sich eine »AKP ohne Erdoğan« zu wünschen. Die Weigerung Erđogans, sich den strategischen Partnern völlig zu unterwerfen und Souveränitätsrechte abzugeben, ist der Hauptgrund an der Erdoğan-kritischen Haltung der Bundesregierung. Hinzu kommt noch das Festhalten der Bundesregierung an der Gülen-Bewegung als »Dialog-Partner«. Erdoğan und die AKP-Regierung wissen zu gut, dass Deutschland zu einem logistischen Zentrum für das weltweite Gülen-Netzwerk geworden ist und die Bundesregierung in der Gülen-Bewegung einen potentiellen Kooperationspartner erkennt. Trotz mehrfacher

türkischer Aufforderungen weigert sich die Bundesregierung gegen die kriminelle Geheimorganisation von Fetullah Gülen vorzugehen, was wiederum Erdoğan erzürnt.

Die Interessenkonflikte ändern aber nichts an der Ausweitung der Kooperation deutscher Rüstungskonzerne mit der türkischen Militärindustrie. Einige Beispiele: Während der europäische Konzern Airbus in Kooperation mit den türkischen Rüstungskonzernen TAI (Militärflugzeuge) und Roketsan (Raketenbau) die Produktion in der Türkei fortsetzt, will Rheinmetall gemeinsam mit dem staatlichen Rüstungskonzern MKEK Waffenmunition produzieren und mit dem BMC-Konzern, der dem Erdoğan-Intimus Ethem Sancak gehört, gepanzerte Fahrzeuge bauen. Der neue türkische Panzer »Altay« soll mit einem Dieselmotor von MTU Friedrichshafen und einer 120 mm Glattrohrkanone von Rheinmetall ausgestattet werden.

DIE »NEUE TÜRKIE«: AUSSENPOLITISCHES DESASTER

Bis zum gescheiterten Putschversuch am 15. Juli 2016 wurde Erdoğan nicht müde, die »Realität der neuen Türkei« zu betonen und die verfassungsrechtliche Verankerung eines Präsidialsystems einzufordern. Erdoğan sagte, dass das Land wie eine Aktiengesellschaft zu führen sei und die Gerichte die »großen Investitionen in die Zukunft der Türkei nicht behindern« dürften. Deshalb sei ein Präsidialsystem »türkischer Art« das Beste für die türkische Nation. Offensichtlich war, dass dieses Präsidialsystem nichts anderes als eine offene Diktatur sein würde, aber nicht weil Erdoğan es so will oder sein »Team, die Welt mit Bauernschläue bezwingen möchte« (Behlül Özkan), sondern weil die Sicherung der AKP-Macht die Installation eines diktatorischen Sicherheitsregimes erforderlich machte.

Eine kurze Betrachtung der Ergebnisse der türkischen Außenpolitik – zunächst als »strategische Tiefe« und »Null-Probleme-Politik«, dann als »noble Einsamkeit« bezeichnet – verdeutlicht dies. Nach dem Zickzack-Kurs mündete das außenpolitische Abenteuer des Regimes in ein Fiasko. Im Telegrammstil sahen die Ergebnisse folgendermaßen aus: Niederlage in der Syrienpolitik; Vertiefung der alten Konflikte mit Armenien, Griechenland und Zypern; Spannungen mit dem Mullah-Regime in Iran und der irakischen Zentralregierung; vollständiger Einflussverlust in der Palästina-Frage – weder Israel, noch die Fatah oder Hamas vertrauen

der AKP –; bei ihren Schritten im Nahen Osten sehen die USA die Interessen des AKP-Regimes nur als zweitrangig an; massive Konflikte mit dem größten Energielieferanten Russland und Verlust der Einflussmöglichkeiten im Kaukasus sowie in den Ländern Zentralasiens.

Außenpolitisch war die Türkei, abgesehen von den saudischen und katarischen Despoten, isoliert. Folglich sah sich das Regime in einer Position der »noblen Einsamkeit«. Offensichtlich unterlagen Erdoğan und seine AKP-Regierung dem Trugschluss, die Krisen in Europa und der militärische Rückzug der USA aus dem Nahen Osten eröffneten eine große Chance für die Etablierung einer neosmanischen Hegemonie in der Region. Diese verblendete Wahrnehmung der Machtverhältnisse und der politischen Realitäten konnte jedoch nur für kurze Zeit überdecken, in welchem Maße die Türkei von den USA und der EU abhängig ist.

Realitätsblind verhielt sich das Regime mit Blick auf die Zerfallserscheinungen im Irak und in Syrien. Ankara war davon überzeugt, dass infolge der hiermit verbundenen Grenzverschiebungen eine durch die »türkisch-kurdische Allianz« zusätzlich gestärkte Türkei »die Führungsposition innerhalb der sich entwickelnden sunnitischen Achse« übernehmen könnte (Arzu Yilmaz) [2]. Weit gefehlt: Statt der erhofften Domestizierung der kurdischen Befreiungsbewegung durch den sogenannten »Friedensprozess« steht das AKP-Regime in Syrien nun nicht nur der kurdischen Bewegung, sondern nahezu allen beteiligten Akteuren konfrontativ gegenüber.

Nachdem der Putschversuch die Machtverhältnisse in der Türkei durcheinander gewirbelt hat, versucht Erdoğan, der die bürgerliche Opposition aus CHP und MHP als Unterstützer gewinnen konnte, mit einem breiteren parlamentarischen Rückhalt die strategischen Partnerschaften zu erneuern. Dafür hat er sogar – vorerst – auf das Präsidialsystem verzichtet und ist notgedrungen bereit, die CHP und die MHP an der Macht zu beteiligen. Die von Erdoğan angekündigte »Neustrukturierung des Staates« kann ohne die bürgerliche Opposition nicht bewerkstelligt werden. Gemeinsam mit seinen autoritär-kemalistischen und ultranationalistischen Koalitionären arbeitet er daran, im Innern mit einer von einer großen parlamentarischen Mehrheit getragenen Regierung Stabilität zu ge-

nerieren und die außenpolitische Isolation zu brechen. Damit wird auch ein neues Angebot für die Erneuerung der strategischen Partnerschaften mit dem Westen formuliert.

NEUBEGRÜNDUNG STRATEGISCHER PARTNERSCHAFTEN IM WECHSELSEITIGEN INTERESSE

Die Rechnung könnte durchaus aufgehen, denn das »erneuerte« Regime ist für die nationalen wie auch internationalen Bündnispartner attraktiv: Auf der Grundlage eines antikurdisch-nationalistischen Konsens werden die bürgerlichen Oppositionsparteien einbezogen und zugleich die innenpolitische Legitimität konsolidiert, die Offenheit gegenüber globalen Kapitalflüssen wird erhalten, die neoliberale Wirtschaftspolitik forciert umgesetzt, während die Kämpfe der Lohnabhängigen und andere Widerstände unterdrückt werden. Es entsteht ein Regime, das mit der autoritären Regierungsführung die erforderliche »Stabilität« sichern kann und nicht davor zurückscheut, mit paramilitärisch umgebauten Polizeikräften und der militärischen Gewaltmaschinerie sowohl gegen die eigene Bevölkerung als auch, wenn nötig, gegen die der Nachbarländer vorzugehen. Ein Regime also, das bereit ist, als strategischer Partner und schlagkräftige Vorhut imperialistischer Mächte zu fungieren, die Interessen nationaler wie internationaler Monopole zu schützen und als williger Gendarm für die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens zu dienen. Und als Bonbon dazu: die geostrategisch, geopolitisch und geoökonomisch unschätzbare Lage des Landes. Ohne Frage: Geht es um den freien Zugang zu Märkten und Energieressourcen in der Region und um die Kontrolle der Transportwege, spielt die Türkei eine Schlüsselrolle.

Das Regime baut auf diese Schlüsselrolle und auf die weiterhin vorhandene Unterstützung aus großen Teilen der türkischen Bevölkerung. Doch diese Unterstützung ist brüchig: Die privaten Haushalte sind mittlerweile mit über 150 Mrd. Dollar verschuldet (2003: 4,5 Mrd. Dollar), so dass im Schnitt rund 70 Prozent der Gehälter bei den Banken verbleiben. Eine wirtschaftliche Krise, die nicht auszuschließen ist, würde diese Unterstützung auf die Kernbasis schrumpfen lassen. Die Wahlergebnisse vom 7. Juni 2015 (also der ersten der beiden Wahlen von 2015) haben das gezeigt. Die regierungsseitig geförderte gesellschaftliche Spaltung gefährdet die innere Stabilität, was nur durch immer autoritärere Maßnahmen gesichert werden kann.

Das AKP-Regime hat sich in gefährliche Gewässer und größere Abhängigkeiten manövriert. Der Putschversuch hat gezeigt, dass die AKP unter einem immensen außenpolitischen Druck steht. Jetzt gerät die herrschende türkische Politik bei dem Versuch, sich mit einem attraktiven ›Angebot‹ an die imperialen Mächte aus der abhängigen Lage zu befreien, in Interessenkonflikte zwischen der Führungsmacht USA und der Ordnungsmacht Deutschland. Wer allerdings in dieser Konstellation erwartet, dem Regime in der Türkei werde Einhalt geboten, irrt gewaltig. Es bleibt nur die Hoffnung auf eine wachsende, den kurdischen Osten und den türkischen Westen sowie verstreute Widerstandsherde verbindende gesellschaftliche Gegenmacht von unten. Noch ist die Aussicht auf eine solche Kraft gering. Aber wie heißt es doch: Die Hoffnung stirbt zuletzt. ■■■

[1] Zu den deutsch-türkischen Beziehungen siehe auch: Mehmet Okyayuz; Uğur Tekiner: Hundertjährige Allianz? Türkisch-deutsche Beziehungen im Spannungsfeld neuer-alter Interessenpolitik. <http://infobrief-tuerkei.blogspot.de/2016/08/hundertjaehrige-allianz.html>

[2] Gescheiterter Friedensprozess und Bürgerkrieg in der Türkei. In: Wissenschaft & Frieden, Dossier Nr. 82, Mai 2016. <http://wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?dossierID=086>

NATIONALE VERSÖHNUNG NACH DEM PUTSCHVERSUCH?

ACHT FRAGEN ZU DEN POLITISCHEN TURBULENZEN IN DER TÜRKEI

ANNE STECKNER IM GESPRÄCH MIT AXEL GEHRING UND MURAT ÇAKIR

Die Lage in der Türkei ist unübersichtlich. Ein Ereignis jagt das nächste. Die Tagesmeldungen überstürzen sich. Den Überblick zu behalten fällt schwer. Was geschieht unterhalb der medialen Oberfläche, in den Strukturen von Staat und Gesellschaft, in den ökonomischen Beziehungen, in der Herrschaftsarchitektur der Türkei? Wie sind die Spielräume für emanzipatorische Politik einzuschätzen? Diese und andere Fragen trafen auf teilweise unterschiedliche Einschätzungen.

Anne Steckner: War dieser Putsch von vornherein zum Scheitern verurteilt?

Axel Gehring: Eines wird oft vergessen: Die meisten Putschversuche scheitern. Laut einschlägigen wissenschaftlichen Untersuchungen gelingt im Schnitt nur jeder fünfte. Auch die Türkei ist darin keine Ausnahme. Ein signifikantes Beispiel liegt gerade mal neun Jahre zurück: 2007 hatte die Militärführung per Mail ein Memorandum gegen die AKP-Regierung verfasst – quasi ein elektronischer Putschversuch. Damals konnte die AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) durch vorgezogene Neuwahlen den Kopf aus der Schlinge ziehen. Dies war nur möglich, weil wichtige Fraktionen des türkischen Kapitals ihre Solidarität bekundeten. Auch die EU und die USA hatten sich an ihre Seite gestellt. Dem Militär fehlten also wichtige Bündnispartner.

AS: Ganz anders beim gelungenen Putsch von 1980.

AG: Ja, denn da stand ein erschöpftes Wirtschaftsmodell einem neuen gesellschaftlichen Projekt gegenüber. Dieses wollten die ökonomischen Eliten des Landes zusammen mit internationalen Geldgebern gegen heftigen Widerstand in der Bevölkerung durchsetzen. Zum blutigen Durchbruch verhalfen ihm schließlich die Generäle. Die Linke in der Türkei war auf Jahre erledigt.

AS: Und wie sah diesmal die Situation aus?

AG: Unzufriedenheit gab es, ja. Auch Kritik an der Polarisierung im Land – gerade durch die Unter-

nehmensverbände. Aber ein alternatives gesellschaftliches Projekt, auf das sich wichtige Gruppen bereits verständigt hätten, und das nur auf seine Umsetzung unter einer neuen Regierung wartete – Fehlanzeige. Eher herrschte unter den Eliten Angst vor einem Machtvakuum. Somit fehlte dem türkischen Kapital ebenso wie den bürgerlichen Oppositionsparteien ein Motiv, um sich hinter den Putsch zu stellen. Die Putschisten nannten auch keine klare Perspektive, sondern blieben bei einer dürren Erklärung.

Murat Çakır: Aus der Geschichte wissen wir, dass das türkische Militär erfolgreich putschen kann, wenn die NATO-Partner dahinter stehen oder den Putsch zumindest dulden. Das war diesmal zwar nicht eindeutig der Fall. Doch der Umstand, dass die NATO-Partner (allen voran Deutschland und die USA) nach dem Putschversuch nicht sofort reagiert haben, kann durchaus als Warnschuss an Erdoğan verstanden werden. Die grundlegendere Ursache für das Scheitern dieses Putschversuchs bestand aber darin, dass die Regierung – möglicherweise kurz vorher – von den Plänen unterrichtet war und die Putschisten beeinflussen konnte. Das ganze hätte vermutlich einen viel blutigeren Verlauf genommen, wenn laizistische Kräfte massenhaft auf die Straßen gegangen wären, um die putschenden Militärs zu unterstützen.

Dass der Putsch scheiterte, hat auch damit zu tun, dass die Putschisten offenbar nicht mit derart wirkungsvoller Gegenwehr gerechnet hatten.

AG: Hier bin ich von der Naivität der Putschisten überrascht. Sie hätten eigentlich damit rechnen müssen. In den vergangenen Jahren hat die AKP die Polizei militarisiert, bewaffnete Parteimilizen ausgebildet und den Geheimdienst unter ihre Kontrolle gebracht. Und entscheidend für die Niederschlagung des Putsches war nicht – wie von der AKP medienwirksam behauptet – der zivile Widerstand. Es handelte sich vielmehr um eine polizeilich-geheimdienstlich-militärische Intervention, ergänzt von AKP-treuen Milizen und dem harten Kern der immerhin 9 Millionen AKP-Mitglieder.

Das sind die radikalisierten Teile einer islamistischen Mobilisierung. Daher auch die zahlreichen Lynch-Übergriffe. Es waren kaum normale Bürger auf der Straße, auch AKP-Wähler blieben mehrheitlich fern. Erst als keine unmittelbare Lebensgefahr mehr drohte, wagten sich mehr AKP-Anhänger nach draußen. Bezeichnenderweise war die größte Kundgebung der Nacht vom 15. Juli jene, die Präsident Erdoğan am Flughafen empfing. Da war die Lage längst geklärt, sonst hätte Erdoğan dort gar nicht auftreten können.

AS: Aber wenn man sich die jüngsten Bilder vom Taksim oder anderen großen Plätzen in der Türkei anschaut, kann einem angst und bange werden. Wer sind die Menschen, die wahlweise für Erdoğan, die Demokratie, das Volk, die Todesstrafe etc. über Wochen auf die Straße gehen?

AG: Ja, danach wurde natürlich in großem Stil zu Kundgebungen mobilisiert, um die Regierung symbolträchtig zu unterstützen und den öffentlichen Raum in Beschlag zu nehmen. Es sollte keinen Platz geben für kritische, widerständige Politik. Auf den Plätzen verschmolzen islamistische, nationalistische und kemalistische Symbolik. Die Demonstrierenden rekrutierten sich vorwiegend aus Unterstützern der AKP und der ultranationalistischen MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung).

AS: Immerhin sind die Plätze voller als zu Zeiten der Gezi-Proteste...

MC: Die Bilder von den Menschenansammlungen dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass sich die AKP nur noch auf ihre Kernwähler stützen kann. Das Regime ist bemüht, die Legende aufzubauen, dass »die Nation den Putsch verhindert« habe. Mit allen Mitteln wurden die Plätze gefüllt: kostenloser Transport, Handgeld, Essen und Trinken, Konzerte. Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst wurden von ihren Vorgesetzten angewiesen, mit Familienangehörigen an den Kundgebungen teilzunehmen, incl. Urlaubssperre. Aus Angst vor Stigmatisierung oder Entlassung nahmen sogar regierungskritische Personen teil, Alewiten oder Linke bspw. Zur großen Kundgebung am 7. August 2016 in Istanbul Yenikapı, an der laut Medienangaben über 3 Mio. Menschen teilnahmen, wurde aus der ganzen Türkei mobilisiert. Man muss wissen: Die Medien in der Türkei sind – mit Ausnahme einiger

weniger kritischer Stimmen – nahezu gleichgeschaltet.

AS: Also alles nur großes Kino?

MC: Natürlich sind die sunnitisch-konservativen Bevölkerungsgruppen weiterhin die Mehrheit in der Türkei. Und die Kernwählerschaft der AKP liegt immerhin bei gut 25 Prozent. Gleichzeitig werden radikale sunnitische Gruppen, die offen nach der Scharia rufen, von den Sicherheitskräften geschützt oder in Ruhe gelassen. Doch anders als vielfach dargestellt, steht Erdoğan mit dem Rücken zu Wand. Will er dieses Kapitel der türkischen Politik überstehen, muss er in der Bevölkerung wieder mehr Zustimmung gewinnen. Das könnte nicht so einfach werden.

AS: Sind Erdoğan und die ihm treuen Teile der politischen Elite nun Treibende oder Getriebene der Entwicklungen seit dem 15. Juli 2016?

AG: Der Regierung und der politischen Führung der AKP ist es zumindest schnell gelungen, nach dem Putschversuch in die Offensive zu kommen. Schließlich haben sie jahrelange Erfahrung mit der Niederschlagung von Revolten aller Art. Sie konnten auch die – übrigens schon länger geplanten – Säuberungen in den Staatsapparaten rasch einleiten.

AS: Über 80.000 Menschen wurden in den vergangenen Wochen aus Justiz, Polizei, Jandarma, Militär, Geheimdienst, Ministerien, Schulen und Universitäten entlassen oder zwangsbeurlaubt. Alles glühende Gülen-Anhänger?

AG: Natürlich nicht. Das weist darauf hin, dass die AKP auch getrieben ist: Manche der Säuberungswellen der vergangenen Wochen wirkten voreilig, plump und unpräzise. Zum Beispiel der Ausreise-Bann, der ganze Berufsgruppen betraf. Erst später wurde er auf einzelne Reisepass-Nummern eingegrenzt. Oder die Massenentlassungen von Universitätsdekanen, da wurde zunächst wenig gezielt vorgegangen. Hier zeigt sich zumindest eine gewisse Nervosität der politischen Führung. Eigentlich wenig überraschend: Bis heute wissen wir ja auch nicht, wer den Putsch wirklich angeführt hat. Obwohl die AKP überzeugt ist, die Gülen-Bewegung

habe den Putsch initiiert, tut sie sich schwer damit, konkrete Anführer zu benennen.

MC: Erdoğan und die AKP sind eindeutig Getriebene. Dafür gibt es innen- wie außenpolitische Gründe. Die AKP ist nicht mehr in der Lage, die notwendige Stabilität im Inneren zu gewährleisten. Sie kann auch die »Neustrukturierung des Staates« (Erdoğan) nicht alleine stemmen. Allein für die Neubesetzungen der freigewordenen Stellen im Staatsapparat gibt es nicht genügend ausgebildetes AKP-Personal. Folgerichtig bereitet sich die AKP auf eine große Koalition vor.

AS: Eine große Koalition aus Kemalisten und Islamisten??

MC: Ja. Ihre ideologische Grundlage wird aber nicht der politische Islam, sondern eine Mischung aus türkischem Nationalismus und kemalistischem Laizismus sein. Ich wäre nicht überrascht, wenn wir in den nächsten Monaten einen zum Laizisten geläuterten Präsidenten erleben. Erdoğan agiert taktisch und ist unglaublich flexibel. AKP, MHP und die sozialdemokratisch-kemalistische CHP (Republikanische Volkspartei) haben einen gemeinsamen Feind: die kurdische Befreiungsbewegung. Das hilft, die Reihen zu schließen. Ob die CHP in der Regierung sein oder diese dulden wird, sei mal dahingestellt.

AS: Und wieso außenpolitisch getrieben?

MC: Insbesondere die neusten Entwicklungen in Syrien – die direkte militärische Intervention durch türkische Kampfjets – und die Übereinkunft mit Russland erfordern eine souveräne Regierung mit starkem Rückhalt. Im transatlantischen Bündnis muss die Türkei ihre strategischen Partnerschaften erneuern und sich aus der außenpolitischen Isolation befreien. Erdoğan will diesen Prozess möglichst unbeschadet überstehen. Dafür ist seine Partei auf die Zusammenarbeit mit CHP und MHP angewiesen.

AS: Bei allen Differenzen mit dem »Westen« kommt aber keiner der Akteure im Nahen Osten an der Türkei vorbei.

MC: Die Türkei ist für den »Westen« geostrategisch, geopolitisch und geoökonomisch von unschätzbarem Wert. Keine imperialistische Macht kann auf die Türkei verzichten oder hinnehmen, dass sie sich

vom »Westen« entfernt. Das tut sie trotz aller gegenteiligen Rhetorik auch nicht. Und, da stimme ich mit Axel[1] überein, die Türkei ist kein Handlanger westlicher Interessen, sondern ein souveräner Staat, dessen Regierung sein Handeln im transatlantischen Bündnis an eigenen Interessen orientiert. Die wechselseitigen Abhängigkeiten erschweren natürlich die Beziehungen, aber sie zwingen die NATO-Mitglieder zur Zusammenarbeit. Als »Herrin der Meerengen und vieler Pforten« kann die Türkei sich der westlichen Unterstützung sicher sein und den Preis in die Höhe treiben. Doch mittelfristig wird sie sich den Diktaten des »Westens« beugen müssen. Das ist kein Widerspruch, denn die Abhängigkeit der türkischen Volkswirtschaft bspw. von der EU wiegt schwer.

AS: Zurück zur innenpolitischen Situation: Wie beurteilt ihr das Verhalten der Opposition, vor allem der CHP?

MC: Die CHP hat sehr schnell verstanden, dass die AKP auf sie angewiesen ist, und will diese Schlüsselposition natürlich nutzen. Sie hat klare Bedingungen der Zusammenarbeit mit AKP und MHP für eine Politik der Nationalen Einheit gestellt. Anscheinend folgt die AKP dieser Vorlage: Das angestrebte Präsidialsystem ist vom Tisch. Der Prozess für eine Verfassungsänderung wurde eingeleitet – mit dem Ziel, das parlamentarische System zu stärken. Und – viel wichtiger für die CHP – die AKP akzeptiert, den Laizismus kemalistischer Prägung beizubehalten. Natürlich übernimmt die CHP damit zugleich die Aufgabe, Teile der linken Opposition an sich zu binden. Somit verschafft sie dem antikurdisch-nationalistischen Grundkonsens mehr Legitimität.

AG: Zumal die AKP gezielt die Unterstützung aus autoritär-kemalistischen Kreisen sucht, die die innere Balance der CHP nach rechts verschieben. Und wir sollten unterscheiden zwischen dem, was die CHP fordern darf und dem, was im politischen Prozess tatsächlich möglich ist. Angenommen, die CHP macht tatsächlich Einfluss auf die Reform oder gar Neuformulierung der Verfassung geltend – was heißt das dann? Vor dem Hintergrund, dass die Rechtsordnung als solche im Begriff ist zu erodieren! Die Beteiligung an der Verfassungsreform könnte zu einer Art Beschäftigungsprogramm für die CHP werden, die Kapazitäten für Oppositionsarbeit bindet. Schon jetzt fällt ihre Kritik am Aus-

nahmezustand verhalten aus. Und sie schwenkte sehr schnell auf eine Politik der nationalen Versöhnung ein, von der die linkskurdische HDP (Demokratische Partei der Völker) kategorisch ausgeschlossen ist.

AS: Woran zeigt sich diese Versöhnungspolitik?

AG: Zur ihrer Demokratie-Kundgebung am 24. Juli auf dem Taksim-Platz lud die Partei auch Anhänger der AKP ein, um das Klima der Konfrontation zu überwinden. Und zu der von Murat erwähnten Massenkundgebung am 7. August auf dem riesigen Gelände von Yenikapı erschienen Vertreter von MHP, CHP und AKP sowie der Chef des Generalstabes und das Oberhaupt der Religionsbehörde Diyanet. Auch ein Veteran der Putsch-Nacht war zu hören. Hauptredner war natürlich Präsident Erdoğan.

AS: Ein politischer Kotau der CHP?

AG: Worst case scenario, würde ich sagen. Schon der Ort der »Versöhnung« hatte symbolpolitische Bedeutung. Yenikapı wurde vor einigen Jahren von der Regierung als abseits gelegenes Veranstaltungsgelände konzipiert, weit weg vom Zentrum Istanbuls. Damit Demonstrationen nicht mehr auf dem Taksim-Platz stattfinden – dem Ort, der seit Jahrzehnten die Geschichte oppositioneller Bewegungen in der Türkei verkörpert. Yenikapı symbolisiert den Versuch der Regierbarmachung von Massendemonstrationen. Anders als am Verkehrsknotenpunkt Taksim ist eine Kundgebung dort kein Eingriff ins öffentliche Leben. Angewiesen auf die Übertragung durch eigens herbeigerufene Medien, versinnbildlicht Yenikapı geradezu bestellte Großveranstaltungen. Angesichts der Wahl dieses Ortes hätte die CHP betonen können, dass die Demokratie sich dort nur schwer verteidigen lässt. Stattdessen wies der CHP-Vorsitzende Kemal Kılıçdaroğlu die politische Führung des Landes darauf hin, dass diese ohne eine bereits vorhandene demokratisch-republikanische Tradition ihre heutige Position niemals hätte erlangen können. Wörtlich: »Mustafa Kemal [Atatürk] und seine Getreuen haben die Republik gegründet, damit jemand wie Recep Tayyip Erdoğan Präsident werden kann.«

AS: Wie ist es um die politischen Spielräume für emanzipatorische Kräfte in der Türkei bestellt?

MC: Die türkische Linke und die kurdische Bewegung können sich in einem mehr schlecht als recht funktionierenden parlamentarischen System immer noch mehr politische Spielräume verschaffen als unter einer AKP-Alleinherrschaft. Selbst wenn nur die Willkürjustiz beendet und mehr Pressefreiheit eingeräumt würden, wäre das eine wichtige Atempause für die Linke. Ein breites Oppositionsbündnis von unten muss hart erkämpft werden. Aber mit der CHP in der Regierung würde der alltägliche Kampf oppositioneller Kräfte in der Türkei etwas erträglicher.

AG: Da bin ich skeptisch. Bereits Anfang des Jahres, Monate vor dem Putschversuch, wurde die Immunität zahlreicher Abgeordneter aufgehoben. Die HDP ist die einzige Partei, deren Fraktion davon fast in Gänze betroffen ist. Zahlreiche Abgeordnete und lokale Funktionsträger müssen sich nun vor Gericht wegen »Terrorpropaganda« verantworten. Ihnen drohen lange Haftstrafen. Die Spielräume innerhalb des legalen Rahmens sind unglaublich klein geworden. Das Regime kann zu jeder Zeit gegen jedwede Form der Opposition vorgehen. Wir erleben das nicht erst seit der förmlichen Ausrufung des Ausnahmezustands. Zwar ist die Rechtsordnung nicht abgeschafft. Doch spielt das Recht in der Praxis oft nur eine akklamatorische Rolle, die darauf hinaus läuft, das Handeln der Exekutive hinterher zu rechtfertigen. Dazu gehört auch: Es ist immer wieder mit überraschenden Freisprüchen oder Begnadigungen von Oppositionellen zu rechnen. Das ist kein Beleg für eine demokratische Ordnung oder gar eine strikte Trennung der Gewalten, sondern schlicht Ausdruck des politischen Willens der Exekutive. Inhaftierungen sind wichtig, um Widerstand zu brechen oder zu verhindern. Freisprüche und Begnadigungen spielen eine wichtige Rolle, wenn Wechsel in der Bündnispolitik vorgenommen werden. Die gegenwärtige Politik der Nationalen Einheit verringert den Spielraum der Opposition noch weiter: Legitime Oppositionspolitik ist nur solche, die sich innerhalb der Nationalen Einheit bewegt. Alles andere ist illegitim. Kemal Kılıçdaroğlu verstieg sich zu der Aussage, in der Nacht des 15. Juli habe das Volk auf den Straßen die Demokratie verteidigt. Er hat das Narrativ der AKP einfach übernommen!

AS: Was wäre angemessen gewesen?

AG: Richtig wäre zu sagen: Wir verurteilen den Putschversuch. Aber es gab weder eine Demokratie

zu verteidigen noch war in dieser Nacht »das Volk« auf der Straße. Ein solches Statement wäre bereits illegitime Opposition. Wer zur legitimen Opposition gehören möchte, muss die Erzählung der AKP zumindest in Grundzügen vertreten und ihr so noch mehr Gültigkeit verleihen. Anderenfalls ist die Existenz gefährdet.

AS: Klingt beängstigend.

AG: Ist es auch. Aber die türkische Regierung will gegenüber der Weltöffentlichkeit nicht den Eindruck des Outlaws erwecken. Deswegen kann sie den entscheidenden Schritt zur Führerdiktatur nicht vollziehen. Zentrale Elemente faschistischer Herrschaft in das Gewand liberal-demokratischer Institutionen zu kleiden, ist die elegantere Lösung.

AS: Macht es Sinn, mit Blick auf die gegenwärtige Türkei von einer Diktatur mit faschistischen Zügen zu sprechen?

MC: Die türkische Staatsideologie kann als faschistoid und rassistisch bezeichnet werden. Aber die Türkei ist keine faschistische Diktatur, sondern ein autoritär regierter Unrechtsstaat mit Willkürjustiz und Feindstrafrecht. Daran hat auch der Putschversuch bislang nichts Grundlegendes geändert. Auch innerhalb der türkischen und kurdischen Linken gibt es unterschiedliche Ansichten darüber, wie das Kind denn nun zu nennen sei. Ich halte diese Diskussionen für eine rein akademische Debatte, losgelöst von politischen Kämpfen vor Ort.

AG: Das sehe ich anders. Diese Frage zu stellen, heißt, den politischen Raum für emanzipatorische Strategien zu eruieren. Wir alle wissen, dass es in der Türkei noch Parteienkonkurrenz und Wahlen gibt. Ich rechne auch damit, dass das so bleiben wird. Auch der frühe italienische Faschismus konnte noch begrenzte Parteienkonkurrenz. Und seit der Kundgebung von Yenikapı fällt es mir schwer, von CHP und MHP überhaupt noch als Konkurrenz zur AKP zu sprechen. Eher als Komplementarität. So kann die AKP sie tolerieren – das hilft letztlich ihrem internationalen Standing. Doch statt die Türkei nach formal demokratischen Parametern abzuklopfen, sollten wir den Blick auf den Herrschaftsmodus der führenden Partei richten. Es geht um mehr als die Verfolgung der Opposition. Die de facto Erosion der Rechtsordnung ist so umfassend, dass dies mittlerweile ein wesentlicher Modus der AKP-Herrschaft geworden ist.

AS: Was bedeutet das?

AG: Die von der AKP unter Gewaltandrohung und illegal erzwungenen Neuwahlen nach der Pattsituation vom Sommer 2015 haben bspw. gezeigt, dass im Falle einer Wahlniederlage nicht mit einer friedlichen Machtübergabe zu rechnen ist. Faktische Ausnahmezustände, die sich gegen wechselnde Gegner richten, sind in der Türkei seit den späten 2000er Jahren politischer Alltag, ob nun in Form der Ergenekon-Anklagen, der KCK-Operationen, der Niederschlagung der Gezi-Revolution oder des Angriffs auf die Gülen-Bewegung.

MC: Feindstrafrecht.

AG: Genau. Dadurch, dass die AKP über diese Ausnahmezustände in einem hohen Maße entscheiden kann, ist eine Situation geschaffen, in der die Exekutive das Parlament kontrolliert und das Parlament die Handlungen der Exekutive nachträglich in Recht gießt. Das heißt, die Exekutive ist faktisch zum Souverän und zur Quelle des Rechts geworden. Das erinnert sehr an das Postulat von Carl Schmitt, der den Führer als Quelle des Rechts definierte und selbst als faschistischer Rechtstheoretiker galt. Anders gesagt: Die AKP hat es vermocht, das parlamentarische System zu besetzen, handelt dort aber, als gäbe es dieses gar nicht. Dass die charismatische Führerfigur, Präsident Erdoğan, selbst nicht an das Recht gebunden ist, wird von ihm und der AKP im innertürkischen Diskurs auch offensiv betont. Erdoğans Initiativen spielen eine wichtige Rolle bei der Formulierung des »wahren Volkswillens« inklusive der Festlegung, wer zum Volk gehört und wer nicht. In diesem Sinne also lässt sich von einer Form des Faschismus sprechen. — Die ökonomische Ordnung ist von diesem Rechtsnihilismus übrigens am wenigsten berührt. Obwohl es klientelistische Übervorteilung gibt, bleibt das Wirtschaftsrecht berechenbar. Wer als Unternehmer sein Business betreibt und sich nicht unmittelbar zur politischen Partei macht, kann operieren. Das ist das Agreement.

AS: Das ehemalige Investorenparadies Türkei wurde kürzlich auf Ramschniveau abgestuft. Ein verlängerter Ausnahmezustand kann doch nicht im Interesse des Kapitals sein?

AG: Kurzfristig ist die Lage entspannter, als es auf den ersten Blick scheint. Zwar gab es infolge des

Putschversuches zunächst negative Reaktionen an den Finanzmärkten. Doch Kapitalflucht in größerem Ausmaß hat nicht stattgefunden. Die türkischen Unternehmensverbände meiden zurzeit jedwede konfrontative Sprache gegenüber der Regierung. Das mag aus Angst vor Repression sein, hat aber auch andere Gründe: Die Verbände sind schon lange für eine Überwindung der gesellschaftlichen Polarisierung. Damit meinen sie, dass die Regierung und die großen Oppositionsparteien ihre Differenzen ausräumen und im Parlament stärker zusammenarbeiten sollen. Davon erhofft das Kapital sich ein berechenbares Umfeld. Genau dies scheint die nun angestoßene Politik der Nationalen Einheit zu schaffen.

MC: Ich würde noch weiter gehen: Bislang haben Unternehmensverbände und türkische Banken öffentlichkeitswirksam ihre Unterstützung für die Regierung erklärt – und dass sie ihre geplanten Investitionen noch ausdehnen werden. Sie haben ja auch allen Grund zur Freude: Nachdem Streiks verboten und Privatisierungen erleichtert wurden, plant die Regierung nun, per Dekret einen »Vermögensfonds Türkei« mit rund 200 Mrd. US-Dollar für Großprojekte aufzulegen. Dieser Fonds wäre direkt dem Ministerpräsidenten unterstellt. Weder die Börsenaufsicht noch der Rechnungshof, geschweige denn das Parlament könnten ihn kontrollieren. Die Mittel für diesen Fonds sollen über eine intensivierte Auspressung der Lohnabhängigen gewonnen werden. Es sind Zwangsversicherungsprämien vorgesehen, Sonderabgaben, erhöhte Verbrauchersteuern etc. Das sind neben der gesetzlichen Entmachtung der ohnehin schwachen Gewerkschaften wahrlich paradiesische Zustände für Unternehmen[2]. Die Pläne ernten entsprechend viel Beifall vonseiten der Bourgeoisie.

AS: Ungeteilten Beifall?

MC: Nun ja, die AKP-Regierung hat auch größere Unternehmen enteignet hat, deren Besitzer Gülen-Anhänger seien sollen. Doch es regt sich seitens der Unternehmensverbände kein Protest. Das zeigt: Die türkische Bourgeoisie kann mit Ausnahmezuständen und Kriegsrechtserklärungen recht gut leben. Im Übrigen war die Türkei ja auch vor dem 15. Juli ein Unrechtsstaat. Für das Kapital hat sich eigentlich nicht viel geändert.

AS: Du betonst an anderer Stelle häufig die wirtschaftliche Krise, in der sich die Türkei befände.

MC: Die ökonomische Entwicklung ist weiterhin fragil. Das Wirtschaftswachstum liegt bei vier Prozent, die Inflation mittlerweile bei neun Prozent. Mit Niedrigzinspolitik, Immobilienkrediten, Konsumförderung und staatlichen Transferzahlungen (wie Schwangerschaftsgeld, »Gefallenen«-Rente, Haushaltsgeld, Verrentungsmöglichkeiten etc.) versucht die Regierung, vor allem die ärmeren Bevölkerungsgruppen bei der Stange zu halten. Wie lang ihr das noch gelingen wird, vermag ich nicht zu sagen.

AS: Wie regiert man eigentlich, nachdem Zehntausende aus dem Staatsdienst entfernt wurden? Bröckelt der Unterdrückungsapparat, wenn die ehemaligen Unterdrücker im Knast oder auf der Straße sitzen?

AG: Natürlich kommt es zu Reibungsverlusten. Das merke ich ja selbst, wenn ich jetzt zum Beispiel bestimmte Webseiten der Regierung nur noch eingeschränkt aufrufen kann. Oder wenn Veterinäre plötzlich zu Dekanen humanmedizinischer Fakultäten werden. Da ließen sich noch weitere Beispiele nennen. Im Ernst: Säuberungen finden ja statt, um echte und potentielle Gegner der Regierung auszuschalten und so die Kontrolle über die Staatsapparate auszuweiten und deren Handlungsfähigkeit zu garantieren. Die Säuberungswellen seit 2007 haben paradoxerweise eine Situation geschaffen, in der nun viele ehemals in Ungnade gefallene Kemalisten und Nationalisten wieder auf Einstellung hoffen können. Diese neue Annäherung an die AKP hat sich auch während der Putsch-Nacht als sehr hilfreich erwiesen.

AS: Ist das Militär jetzt ein homogener AKP-Fanclub?

AG: Noch nicht. Größere Probleme wird es in der Luftwaffe geben. Dort sind die personellen Lücken am größten und die Ausbildungsgänge am längsten. Indes lassen sich die Lücken in der Polizei vergleichsweise leicht schließen: die höheren Stellen zum Beispiel durch Beförderungen von loyalen Kräften, die schon Erfahrungen gesammelt haben. Solche gib es, sonst wäre der Putsch nicht so professionell niedergeschlagen worden. Neueinstel-

lungen müssten vor allem bei den unteren Stellen vorgenommen werden. Hier ergeben sich nun Aufstiegsmöglichkeiten für Personal aus dem schlecht bezahlten privaten Sicherheitssektor. In einem Land mit hoher Prekarität und Arbeitslosigkeit öffnen politische Säuberungen immer auch Chancen für Menschen, die bislang außen vor standen. Ihrer Loyalität kann sich die Regierung dann sicher sein.

AS: Ist mit den teilweise unerfahrenen Nachrückern ein Staat zu machen?

AG: Das Problem ist in erster Linie kein bürokratisches, sondern ein politisches. Die Instabilität ist Ergebnis einer scharfen politischen Konfrontation. Sie kann überwunden werden, indem die Konfrontation überwunden wird. Zum Beispiel repressiv durch eine Politik der Nationalen Einheit. Ironischerweise haben die Säuberungswellen gerade die Opfer der Gülen-Bewegung, die zuvor mit der AKP über Kreuz lagen, rehabilitiert. Das hat mit Demokratie nichts zu tun. Es ist eher Ausdruck einer enormen Machtkonzentration, die rasch zwischen Bestrafen und Belohnen umschaltet und immer neue, wechselnde Gruppen von Opfern und Tätern schafft. ■■■

Anmerkungen

[1] vgl. den Kommentar von Axel Gehring, bereits im April 2016: Die Türkei vor einem Putsch? <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/die-tuerkei-vor-einem-putsch/>

[2] vgl. Murat Çakır: Die neuen Stützen des AKP-Regimes, August 2016. http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_23-2016.pdf